

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Protokoll

54. Sitzung (nichtöffentlicher Teil) *)

14. September 1994

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 10.35 Uhr

11.20 Uhr bis 12.50 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Dr. Schwericke (CDU)

Stenograph: Theberath

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Übernahmepläne der Ruhrkohle AG bei Westfalia Becorit Industrietechnik GmbH, Lünen; Hermann Hemscheidt, Maschinenfabrik GmbH, Wuppertal; Halbach & Braun, Maschinenfabrik GmbH und Co., Wuppertal**

2

Der Ausschuß behandelt dieses Thema in vertraulicher Sitzung.

*) vertraulicher Teil der 54. Sitzung siehe Vertr. Ausschußprotokoll 11/17

Seite

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1995 (Haushaltsgesetz 1995)Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/7500hier: Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und
Technologie

3

Der Minister trägt die wesentlichen Punkte seines Einführungsberichts vor; er sagt zu, den Ausschußmitgliedern die ausführliche Einführungsrede umgehend schriftlich zur Verfügung zu stellen (s. Vorlage 11/3270). Der Ausschuß kommt überein, die Beratung darüber in der nächsten Sitzung - am 19. Oktober 1994 - vorzunehmen.

3 Deutsche Unternehmen müssen sich stärker auf den asiatischen Wachstumsmärkten engagierenAntrag der Fraktion der SPD
Drucksache 11/6240

5

Der Antrag wird in der Fassung der Anlage zu diesem Protokoll als gemeinsamer Antrag von SPD und CDU mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimme der GRÜNEN bei Abwesenheit der F.D.P. unter Einbeziehung der folgenden Änderungen angenommen:

Die ersten drei Sätze unter Punkt II erhalten folgende Fassung:

Der Landtag wünscht, daß die bisherigen Aktivitäten des Landes im Bereich der Außenwirtschaftsförderung ausgebaut werden.

Die Außenwirtschaftsförderung soll durch verstärkte Kooperation dem Aufbau weiterer Industrie- und Handelszentren und damit insbesondere den Klein- und Mittelunternehmen dienen.

Eine Kommission des Wirtschaftsausschusses hat sich bei einer Informationsreise im Jahre 1993 über die Maßnahmen des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie und der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung NRW informiert und sie als vernünftige Basis für weitere Anstrengungen anerkannt.

4 Schaffung eines Förderprogramms "Soziale Betriebe" als zukunftsweisendes Instrument zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 11/7092

10

Der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN wird mit den Stimmen von SPD und CDU bei Abwesenheit der F.D.P. abgelehnt.

5 Erhöhung des Stromanteils durch Ausbau der Wasserkraft in Nordrhein-Westfalen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 11/7604

12

Der Antrag Drucksache 11/7604 wird mit den beiden folgenden Änderungen in den Ziffer 4 und 6 mit den Stimmen von SPD und CDU bei Enthaltung der GRÜNEN in Abwesenheit der F.D.P. angenommen. Die beiden genannten Ziffern erhalten folgende Fassung, um deren endgültige Formulierung Abgeordneter Hombach (SPD) gebeten wird:

4. Nordrhein-Westfalen bis zu einer angestrebten Angleichung in einer Bund-Länder-Vereinbarung die baden-württembergische Regelung übernimmt.
6. Wasserrechte auf mindestens 60 Jahre erteilt werden, um insbesondere eine den Finanzierungserfordernissen beim Einsatz von Fremdkapital entsprechende sichere Rechtsposition zu gewährleisten.

6 Streichung der Sperrzeiten für Schank- und Speisewirtschaften

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/7418

23

Auf Wunsch der SPD-Fraktion beschließt der Ausschuß einstimmig die Vertagung der Beratung dieses Punktes auf die Ausschußsitzung im November 1994.

7 Entwurf einer Verordnung zur Änderung einer Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Arbeits- und technischen Gefahrenschutzes (ZustVO ArbtG)

Vorlage 11/3207

16

Mit den Stimmen von SPD, CDU und GRÜNEN stellt der Vorsitzende in Abwesenheit der F.D.P. fest, daß der Ausschuß ordnungsgemäß angehört worden ist. Änderungsvorschläge werden nicht gemacht.

Seite

8 Wechsel von Montanarbeitern ins Handwerk

17

Der Ausschuß nimmt den Bericht des Ministers entgegen und diskutiert darüber.

Nächste Sitzung: 19. Oktober 1994

* * *

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
54. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)

14.09.1994
the-sto

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1995 (Haushaltsgesetz 1995)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/7500

hier: Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, daß mit Abschluß der ersten Lesung der Haushalt 1995 vom Plenum an die Fachausschüsse überwiesen worden sei. Grundlage der heutigen Beratungen im Wirtschaftsausschuß seien der Einzelplan 08, die inzwischen mit den Vorlagen 11/3220 und 11/3221 eingegangenen Erläuterungen sowie die schriftliche Einführung in den Einzelplan 08 durch den Wirtschaftsminister in Vorlage 11/3219.

Zum Verfahren schlage er vor, heute eine kurze Einführung durch den Wirtschaftsminister entgegenzunehmen und, soweit dies von den Fraktionen gewünscht werde, grundsätzliche Erklärungen abzugeben. Am 19. Oktober sollten dann, beginnend mit den Personalkosten, die Einzelpositionen beraten werden. Für den 23. November sei die Schlußberatung mit Abstimmung über eventuelle Änderungsanträge vorgesehen. Bis zum 1. Dezember 1994 müßten die Beratungsergebnisse der Fachausschüsse dem Haushalts- und Finanzausschuß vorliegen.

Der **Ausschuß** verständigt sich auf den Vorschlag des Ministers, in der heutigen Sitzung nur die wesentlichen Punkte vorzutragen und den Ausschußmitgliedern seine ausführliche Einführungsrede umgehend schriftlich zur Verfügung zu stellen - siehe Vorlage 11/3270 -. Die Fraktionen kommen überein, die Beratung darüber in der nächsten Sitzung vorzunehmen.

Der **Minister** unterstreicht einleitend, daß bei einer Ausweitung des Gesamthaushalts um rund 1 % und einer Reduzierung des Haushaltsvolumens vieler anderer Ressorts der Einzelplan 08 mit 8 % die höchste Steigerungsrate aller vergleichbaren Ressorts aufweise.

Dies habe auch etwas mit der mittelfristigen Handlungsfähigkeit zu tun. Im Haushalt 1994 habe man beim Einzelplan 08 eine erhebliche Reduzierung vor allem deswegen in Kauf nehmen müssen, weil eine Reihe von Programmen ausgelaufen ge-

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
54. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)

14.09.1994
the-sto

wesen sei und eine neue mehrjährige Planungsperiode begonnen habe, an deren Anfang man nicht so hohe Baransätze benötige.

Deswegen habe er im Vorjahr trotz aller Probleme die erhebliche Minderungsrate beim Einzelplan 08 akzeptiert, aber seinerzeit schon erklärt, daß man nicht nur die Barmittel des Jahres 1994 im Auge haben dürfe, weil einem das den Blick für Handlungsmöglichkeiten in der Strukturpolitik über mehrere Jahre hinweg versperre. Jetzt sei genau das eingetreten, was er im vergangenen Jahr dazu vorgetragen habe.

Schwerpunkte des Haushalts seien wiederum in einem hohen Maße die Programme, die gemeinsam mit dem Bund - diese allerdings eher etwas rückläufig - und insbesondere mit der Europäischen Union durchgeführt würden. Daneben gebe es auch die regionale Wirtschaftsförderung als Landesaufgabe, bei der allerdings die Barmittel reduziert worden seien, was auch damit zu tun habe, daß man einen hohen Eigenanteil der Kommunen erwarte. Sie täten sich schwer damit. Deshalb habe es auch beim Mittelabfluß im vergangenen Jahr einige Schwierigkeiten gegeben. Die Landesregierung habe sich bemüht, dem durch eine Änderung der Richtlinien über die Vergabe nach dem Landesförderungsprogramm Rechnung zu tragen.

Zwei Dinge seien bereits in der Öffentlichkeit diskutiert worden, und zwar zum einen die Reduzierung der Fördermittel beim "Technologieprogramm Bergbau" um rund 7,5 Millionen DM. Nach sorgfältiger Prüfung sei die Landesregierung der Auffassung gewesen, die Reduzierung von 38 Millionen DM auf 30,5 Millionen DM im Haushalt 1995 durchaus vertreten zu können, weil man in der mittelfristigen Finanzplanung demnächst wieder auf den alten Stand von 36,2 Millionen DM kommen werde.

Hinzu komme, daß auch aus anderen Programmen Projekte der Bergbauforschung gefördert würden. Wenn man dies addiere, komme man auch für 1995 auf einen vergleichbaren Ansatz.

Zum anderen teile er die Auffassung, daß die Reduzierung beim Berufsausbildungsprogramm ab 1995 sehr problematisch sei. Da man aber im nächsten Jahr zum ersten Mal nicht veranschlagte Landesmittel voll durch Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) ersetzen könne und die Landesregierung für die Jahre ab 1996 wieder die Ausgabemittel des Landes in der bisherigen Höhe veranschlagt habe, sei seines Erachtens die Kontinuität in diesem Bereich gewährleistet. Unter dem Strich werde man keine Reduzierung haben; vielmehr werde man mit der Addition aus reinen Landesmitteln und im Jahre 1996 fließenden ESF-Mitteln den alten Ansatz durchhalten können.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
54. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)

14.09.1994
the-sto

Die übrigen Programme würden, weil höhere Ansatzmittel erforderlich seien, auch mit den notwendigen Steigerungsraten zügig weitergeführt. Das Programm "Gründung und Wachstum" gerade für kleine und mittlere Unternehmen sei nicht unerheblich ausgeweitet worden, ebenso die Gemeinschaftsprogramme des Landes mit der Europäischen Union.

Bei der Verbraucherberatung sehe man keine neuen Beratungsstellen vor. Eine Ausweitung der Mittel erfolge nur im Rahmen dessen, was an Personalkostensteigerungen aufgrund tariflicher Erhöhungen nötig sei, weil das andernfalls im Umkehrschluß eine Ansatzkürzung bedeutet hätte.

Allerdings weise er darauf hin, daß der Bund nach wie vor beabsichtige, im Jahre 1995 die Förderung der Verbraucherzentralen weiter zu kürzen. Es stehe fest, daß ausfallende Bundesmittel nicht durch Mittel des Landes ersetzt würden. Insofern gebe es ein gewisses Finanzierungsrisiko bei den Verbraucherberatungsstellen.

3 Deutsche Unternehmen müssen sich stärker auf den asiatischen Wachstumsmärkten engagieren

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 11/6240

Der **Vorsitzende** erinnert daran, daß dieser Antrag bereits am 11. November 1993 an den Wirtschaftsausschuß überwiesen worden sei, der sich am 12. Januar 1994 damit befaßt habe. In jener Sitzung hätten sich eine Reihe von Übereinstimmungen zwischen den Fraktionen abgezeichnet, so daß der Versuch habe unternommen werden sollen, einen gemeinsamen Antrag zu formulieren. Nach seinen Vorstellungen sollte der Ausschuß heute die Beratungen über diesen Antrag abschließen.

Abgeordneter Hombach (SPD) teilt mit, daß es zwischenzeitlich Gespräche mit Vertretern der CDU-Fraktion gegeben habe und daß allem Anschein nach ein gemeinsamer Antrag möglich sei. Eine dementsprechende Entwurfsfassung sei soeben verteilt worden - Anlage zu diesem Protokoll -. Aber auch dazu habe er nach Rücksprache mit dem Sprecher der CDU-Fraktion noch einige Änderungsvorschläge zu unterbreiten; denn man habe sich darauf verständigt, die ersten drei Sätze unter II., die die Gemeinsamkeit gefährden könnten, in folgende redaktionelle Form zu bringen:

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

11. Wahlperiode

Drucksache 11/6240

02.11.1993

Neudruck 14.09.1994

Antrag

der Fraktionen der SPD und CDU

Deutsche Unternehmen müssen sich stärker auf den asiatischen Wachstumsmärkten engagieren

I.

Der asiatisch-pazifische Raum entwickelt sich als der Wachstumsmarkt der Zukunft und *wird* damit die Stellung Asiens innerhalb der Weltwirtschaft zukünftig verändern. *Die Präsenz deutscher Unternehmen ist im asiatischen Raum noch viel zu schwach.*

- Während die Wirtschaft in Fernost, vor allen in Japan, aber auch Südkorea, Taiwan, Hongkong, Singapur, China, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia im Schnitt etwa doppelt so schnell wächst wie in den "alten" Industrieländern Europas und Nordamerikas, so ist unser Export *im Jahr 1993 zu 63 % auf die westeuropäischen Industrieländer, zu 7,5 % auf die Vereinigten Staaten und nur zu ca. 4 % auf den asiatischen Raum ausgerichtet.*
- Unser Defizit in der Handelsbilanz mit den asiatischen Wachstumsländern belief sich *1993* bei Exporten von 25 Mrd. DM und Importen von 48 Mrd. DM auf *ca. 23 Mrd. DM.*
- Auch bei den Direktinvestitionen ist der Anteil von nur ca. 5 % an den gesamten deutschen Auslandsinvestitionen gemessen an der Bedeutung der asiatischen Märkte viel zu gering.

Deutsche Unternehmen laufen in die Gefahr, langfristig ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren, wenn sie auch zukünftig überwiegend für stagnie-

rende Märkte in Europa und Nordamerika arbeiten und damit den Anschluß an die Wachstumsmärkte im asiatisch-pazifischen Raum verpassen. Für die internationale Konkurrenzfähigkeit einer Wirtschaft gilt heute immer mehr die Regel, daß nur wer sich im Hochtechnologieland Japan und auf den riesigen Wachstumsmärkten Ostasiens behauptet, zukünftig auch auf dem Weltmarkt bestehen kann.

Diese für die deutsche Wirtschaft insgesamt geltende Situation trifft auch für Nordrhein-Westfalen zu. Der Landtag appelliert deshalb an die nordrhein-westliche Wirtschaft, ihre Aktivitäten im asiatischen Raum in den Bereichen Handel, Kooperationen und Direktinvestitionen zu verstärken. Der Landtag hält es für notwendig, in einer gemeinsamen Anstrengung und einer engen Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft die Voraussetzungen für ein sehr viel stärkeres Engagement in den asiatischen Märkten zu schaffen, um damit der NRW-Wirtschaft die Nutzung ihrer Marktchancen in Asien mit innovativen Produkten (z.B. Maschinen- und Anlagenbau), modernen Produktionsverfahren (z.B. Metallverarbeitung) und neuen Technologien (z.B. Umwelttechnik) zu ermöglichen.

II.

Der Landtag unterstützt aus diesem Grunde ausdrücklich die bisherigen Aktivitäten des Landes im Bereich der Außenwirtschaftsförderung. ***Die Außenwirtschaftsförderung muß durch verstärkte Kooperation und den Aufbau weiterer Industrie- und Handelszentren insbesondere der Unterstützung der Klein- und Mittelunternehmen dienen.*** Die Kommission des Wirtschaftsausschusses konnte sich auf ihrer Informationsreise ***im Jahr 1993*** von den erfolgreichen Maßnahmen des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie und der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung NRW überzeugen.

Für den weiteren Ausbau des nordrhein-westfälischen Engagements in Asien hält der Landtag vor allem folgende Schritte für notwendig:

- Weiterer Ausbau von Repräsentanzen in den wichtigsten asiatischen Ländern, insbesondere in dem riesigen Wachstumsmarkt der VR China.

- Weitere Förderung von Außenwirtschaftsberatungen und Firmengemeinschaftsständen auf wichtigen Auslandsmessen sowie die Intensivierung von gemeinsamen Fachsymposien, Branchen- und Technologieseminaren in einzelnen Schwerpunktländern.

- Stärkere Kooperation in der Außenwirtschaftsförderung mit Forschungs- und Weiterbildungseinrichtungen in NRW (z.B. Universitätsinstitute, Technologiezentren, Transferstellen) und in den jeweiligen Schwerpunktländern (z.B. German-Singapur-Institut in Singapur).

- Unterstützung weiterer Industrie- und Handelszentren, wie beispielsweise des VDMA (Verband deutscher Maschinen- und Anlagenbau) in Singapur. Sie dienen als Service-Stützpunkt für deutsche Unternehmen in den einzelnen Schwerpunktländern.

- Der Landtag unterstreicht ausdrücklich die Notwendigkeit von Markterkundungs- und Delegationsreisen durch Mitglieder der Landesregierung in einzelne Schwerpunktländer. Sie dienen u.a. der Anbahnung von staatlich geförderten Kooperationen in den für die nordrhein-westfälische Wirtschaft besonders interessanten Sektoren wie z.B. Umweltschutzindustrie, Anlagenbau, Ausbau des Energiesektors, Stahlverarbeitung sowie Kohlebergbau.

III.

Der Landtag hält darüber hinaus ein stärkeres Engagement des Bundes sowie eine engere Zusammenarbeit der Bundesländer bei der weiteren Erschließung der asiatischen Märkte für notwendig. Die Bundesregierung ist aufgefordert, die außenwirtschaftlichen Aktivitäten der Bundesrepublik zu verstärken und zu koordinieren. *Zur Stärkung der Zusammenarbeit von Bund und Bundesländern sollte eine Aktionsgemeinschaft "Asien-Pazifik" von Bund und Bundesländern gegründet werden. Die Bundesregierung muß auch die Botschaften zu einem effektiven Instrument der deutschen Außenwirtschaftsförderung ausbauen.* Sie sollte u.a. für eine personelle Verstärkung der Botschaften und Auslandshandelskammern in den

wichtigsten Ländern sorgen sowie in der VR China die Einrichtung eines Delegierten-Büros der deutschen Wirtschaft ermöglichen. Sie sollte ferner die weitere Einrichtung von deutschen Industrie- und Handelszentren in einzelnen Ländern, z.B. in Japan, Südkorea oder Taiwan unterstützen.

Die Bundesländer *müssen* ihre Kooperation in der Außenwirtschaftsförderung weiter verbessern, *um auf den asiatischen Märkten bestehen zu können*, gerade wenn es in erster Linie nicht um ausländische Direktinvestitionen in Deutschland, sondern um mehr Engagement der deutschen Wirtschaft in Asien geht. Die Zusammenarbeit zwischen Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg bei dem deutschen Industrie- und Handelszentrum in Singapur ist hierfür bereits ein gutes Beispiel.

Grundsätzlich erscheint zum weiteren Ausbau einer erfolgreichen Außenwirtschaftspolitik nicht unbedingt immer mehr Geld, sondern vor allem mehr gezielte Koordination und Kooperation zwischen Land und Unternehmen, Beratern, Banken, Forschungs- und anderen Transfereinrichtungen notwendig. Diese strategisch orientierte Zusammenarbeit zur Erschließung wichtiger asiatischer Märkte muß durch das Land organisiert werden.

Professor Dr. Friedhelm Farthmann

Dr. Helmut Linssen

Bodo Hombach
und Fraktion

Laurenz Meyer
und Fraktion